

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 118. Ratssitzung vom 28. März 2012

2516. 2011/473

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Einführung von Stromspartarifen im Rahmen der nächsten Tarifrevision

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Luchsinger (GLP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2083/2011): Die geforderte Tarifrevision und die Stromspartarife sind sowohl für die 2000-Watt-Gesellschaft als auch für den Atomausstieg zentral. Seit 2006, als das ewz mit der Schaffung von ökologischen Tarifen eine Pionierrolle übernommen hat, ist viel passiert: Ein Ja zur Nachhaltigkeit, Fukushima, ein Bundesratsentscheid zum Atomausstieg und die Verankerung des städtischen Atomausstiegs bis 2034 in der Gemeindeordnung. Das Ziel der ökologisch prägenden Kräfte im Gemeinderat ist es, mit einem Vorstosspaket die Pionierrolle des ewz in der Energiewende aufrechtzuerhalten. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die bereits getroffenen Energieeffizienzmassnahmen müssen mit tariflichen Anreizen ergänzt werden, um die Netznutzerinnen und Netznutzer zu energieeffizientem Verhalten bewegen zu können. In Übereinstimmung mit dem Dispositivantrag zur Tarifanpassung, der die Gültigkeit bis 2014 befristet, fordern wir in der Motion eine Tarifrevision auf spätestens 1. Januar 2015. Die Stromspartarife fördern die Energieeffizienz. Fast ein Jahrzehnt nach der letzten Tarifrevision fordern wir den Stadtrat auf, in der Energiewende die nächsten Schritte zu tun und dabei nicht nur den Atomausstieg rechtzeitig anzupacken, sondern auch innovationsfördernde Rahmenbedingungen für die fortschreitende Ökologisierung der Wirtschaft einzuführen. Strom ist ein wertvolles Gut, und Stromverschwendung ist ökologisch und wirtschaftlich äusserst fragwürdig. Die aktuellen Tarife des ewz geben der ökologisch produzierten Energie nur preislich einen höheren Wert. Wir wünschen uns eine Vollkostenrechnung, auf der auch externe Kosten und ein Risikoaufschlag zu den Kosten hinzukommt. Uns ist bewusst, dass das ewz gewissen tariflichen Einschränkungen unterliegt. Wir sind aber überzeugt, dass sich die Vorgaben in den nächsten Jahren auch auf nationaler Ebene ändern werden, und dass das ewz mit seinen innovativen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeiten nutzen wird, die von uns geforderten Modelle innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen umzusetzen. Ohne dämpfende Massnahmen im Strombezug und zusätzlichen Anreizen zur Verwendung von energieeffizienten und stromsparenden Geräten können die 2000-Watt-Gesellschaft und der Atomausstieg nur schwer umgesetzt werden – erst recht, solange entsprechende Massnahmen auf natio-

naler Ebene fehlen. Sollte die Umsetzung der Tarifrevision auf den 1. Januar 2015 nicht möglich sein, bliebe noch die Möglichkeit einer Fristverlängerung und Übergangsweisung, der wir in einem begründeten Fall nicht im Weg stehen würden. Die Marktliberalisierung können wir nicht abwarten. Aus der Antwort des Stadtrats geht hervor, dass er die Ziele der Motionsparteien im Grossen und Ganzen teilt, sich aber am Zeitplan stört. Dieser ist unserer Meinung nach machbar. Wir fordern alle ökologisch denkenden und handelnden Gemeinderäte auf, den nächsten wichtigen Schritt in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft und Atomausstieg zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft ist ein Marathon in einem ziemlich hügeligen Gelände. Ich bitte diejenigen, die den Marathon laufen müssen, sich nicht noch zusätzlichen Ballast anzuhängen, denn wichtig ist das Erreichen des Ziels. In der Stadt Zürich haben wir eine um den Faktor 10 geringere Stromverbrauchszunahme als im Rest der Schweiz. Unsere Einflussmöglichkeiten auf einen Stromspartarif sind relativ klein. Sollten wir aber wieder progressive Tarife einführen, wären primär diejenigen leidtragend, die Arbeitsplätze schaffen. Als Reaktion würden sie aus der Stadt weggehen. Die Herausforderung liegt in einer flächendeckenden Lösung. Betreffend die Frist: Für eine Motion beträgt sie zwei Jahre, und für die vorliegende Motion sind zwei Jahre zu kurz. Deshalb bitte ich Sie, das Anliegen als Postulat zu überweisen.*

Weitere Wortmeldungen:

Theo Hauri (SVP): *Anreize schaffen und Projekte fördern heisst immer, jemandem Steuer- oder Gebührengelder wegzunehmen und auf die Mühlen der eigenen Klientel umzuleiten. Die SVP ist auch in Sachen Energiepolitik gegen jegliche Bevormundung des urteilsfähigen Bürgers. Die Kunden mit dem grössten Umsatz, für die der Preis das entscheidende Kriterium ist, haben an einem utopischen Stromspartarif bestimmt kein Interesse. Als eigenständiges Individuum muss der Mensch den Stromverbrauch nach seinen Bedürfnissen und Neigungen festlegen können. Er ist bereit, hierfür einen fairen Marktpreis zu zahlen. Tarifmassnahmen zur Umerziehung sind nicht zielführend und werden in Fachkreisen mangels praktischer Durchführbarkeit zu Recht abgelehnt. Mit einem Effizienzbonus und weiteren quersubventionierten Tarifpositionen stehen bereits mehr als genug bürokratische Massnahmen zur Verfügung. Die von der Umweltlobby in diesem Rat immer wieder häppchenweise eingeführten Energieumverteilungsinstrumente müssen ihren praktischen und ökonomischen Nutzen erst noch beweisen. Es ist höchste Zeit, überflüssige Tarifpositionen ersatzlos zu streichen. Lenkungsabgaben sind Gift für die Wirtschaft. Alternativenergien müssen sich ohne Zuschüsse am Markt bewähren. Die Einführung eines Stromspartarifs bis 2015 ist aus zeitlichen und praktischen Gründen nicht möglich. Die Motionäre können ihre Anliegen im Rahmen der nächsten Tarifrevision vorbringen. Ein Postulat macht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Die SVP-Fraktion lehnt die Vorlage als Motion und als Postulat ab.*

Joachim Hagger (FDP): Die FDP will dem Stadtrat die Chance geben, über die Möglichkeiten eines Stromspartarifs nachzudenken. Wir sind aber skeptisch, ob ein Schnellschuss zu einem guten Resultat führen kann und möchten dem Ganzen mehr Zeit einräumen. Deshalb würden wir es begrüßen, wenn die Motionäre bereit wären, ihr Anliegen in Form eines Postulats zu einzureichen.

Dr. Martin Mächler (EVP): Uns geht es auch zu schnell. Als Alternative zum Postulat schlagen wir den Motionären noch eine Textänderung vor, nämlich die Streichung des letzten Satzes «Die neuen Tarife sollen per 1.1.2015 in Kraft treten.» Diese Vorgabe kann, wie wir gehört haben, schlicht nicht eingehalten werden. Stromspartarife sollen vernünftig eingeführt werden.

Bernhard Piller (Grüne) ist nicht einverstanden, die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln: Der Grund für die Motion ist ja gerade, dass auf Anfang 2015 nicht einfach nur neue Tarife eingeführt werden, sondern dass es sich dabei um Stromspartarife handeln soll. Die heutige Struktur weist praktisch keine Mechanismen auf, die den ansteigenden Stromverbrauch dämpfen und längerfristig zum Sinken bringen könnten. Die Einsparmöglichkeiten sind keineswegs zu gering, wie das Decoupling-Modell zeigt. Nach diesem Modell würde die Stadt Zürich die zu verkaufende Strommenge festlegen. Würde mehr verkauft, müsste eine Busse bezahlt werden. Würde hingegen weniger verkauft, könnte das ewz die Tarife erhöhen. Das ewz hätte dadurch den Anreiz, möglichst wenig zu verkaufen und könnte mit dem Gewinn zusätzliche Investitionen in Energieeffizienzmassnahmen tätigen. Kombiniert mit dem progressiven Tarifmodell käme man sogar noch ein Stück weiter. In Kalifornien, wo das Decoupling-Modell seit der zweiten Hälfte der 70er-Jahre angewandt wird, ist der Stromverbrauch pro Kopf seit 1978 stabil geblieben. Im gleichen Zeitraum ist der Stromverbrauch pro Kopf in der Schweiz und auch in der Stadt Zürich um mehr als 50 Prozent angestiegen. Wir haben bewusst kein spezifisches Instrument in die Motion geschrieben, damit das ewz alle Optionen offen hat. Die Textänderung werden wir nicht annehmen. Auch bleiben wir bei der Form der Motion.

Roger Liebi (SVP): Es ist befremdlich, dass ausgerechnet Kalifornien, das ja einen Energiekollaps erlebt hat, als Musterbeispiel genannt wird.

Martin Luchsinger (GLP) hält eine persönliche Erklärung.

Mirella Wepf (SP): Weniger ist mehr, das gilt auch für den Stromverbrauch. Sogar die ökologische Stromproduktion ist umweltschädlich. Strom aus erneuerbaren Energien nützt uns nichts, wenn der Stromverbrauch immer grösser wird. Deshalb müssen Anreize geschaffen werden, damit der Stromverbrauch stabilisiert oder sogar gesenkt werden kann. Der Strompreis ist ein Instrument hierfür. Die Ausgestaltung des Tarifs haben wir im Rahmen der Motion bewusst offengelassen. Wir bleiben bei der Motion und setzen damit ein klares Zeichen.

4 / 4

Mario Mariani (CVP): Auch für die CVP steht die Energieeffizienz im Vordergrund. Mit der Terminierung des Vorstosses sind wir aber nicht einverstanden. Da die Textänderung nicht angenommen wurde, lehnen wir die Motion ab.

Die Dringliche Motion wird mit 67 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat